

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Pressevertreter und natürlich begrüße
ich auch unsere treue Zuhörerschaft, unsere Mitbürger,

mit Verfügung vom 4. April 2018 erteilte der Landrat des Kreises Heinsberg als untere staatliche Verwaltungsbehörde die für den städtischen Haushalt des Haushaltsjahres 2018 erforderliche Genehmigung.

Und dies, obwohl für das Haushaltsjahr 2018 ein Verlust von 6.282.159 EUR eingeplant war. Im Planungsjahr 2019 wurde damals ein weiterer Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.891.899 EUR erwartet.

Aufgrund dieses Szenarios waren wir alle aber nicht erschrocken oder verängstigt. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder hohe Differenzen zwischen Haushaltsplanung und –feststellung (Ergebnisrechnung). Ich darf hierzu auf folgende Zahlen hinweisen:

<u>Jahr</u>	<u>Planung</u>	<u>Feststellung</u>	<u>Differenz</u>
2015	./ 5.220.794,-- €	187.894,85 €	5.408.688,85 €
2016	./ 7.016.392,-- €	144.041,90 €	7.160.433,90 €
2017	./ 5.534.862,-- €	52.754,15 €	5.587.616,15 €
2018	./ 6.282.159,-- €	?	?
2019	59.108,-- €		

Für das Haushaltsjahr 2015 ergab die Jahresrechnung erstmals seit Einführung des NKF's (Neue Kommunale Finanzmanagement) zum 1.1.2009 einen positiven Abschluss in Höhe von 187.894,85 €. Das Jahr 2016 folgte mit einem Gewinn in Höhe von 144.041,92 € und im Jahr 2017 wurde ein Gewinn in Höhe von 52.754,15 € erzielt. Diese Gewinne wurden erzielt, obwohl in der Planung dicke Verluste eingeplant waren.

Im vergangenen Jahr 2018 gab es einen planerischen Ansatz von Minus 6.282.159,-- €. Doch an die Realisierung dieses Verlusts dachte keiner. Zu positiv waren die Meldungen der Institute und Behörden.

Beachtet man die städtische Meldung des IV. Quartals 2018 dann stellt man fest, dass die Werte bei der Gewerbesteuer um über 6 Mio. Euro über dem Planansatz

liegen. Mit anderen Worten: Es ist mit einer hohen Wahrscheinlichkeit wieder mit einer „schwarzen Zahl“ im Gesamtergebnis 2018 zu rechnen.

Nach unserer massiven Kritik in der Haushaltsrede vom vergangenen Jahr zu der Ausweisung dieser hohen Verluste in der Planung, wird uns in diesem Jahr endlich ein Haushaltsplan vorgelegt, der Optimismus ausstrahlt.

Dieser Haushaltsplan weist erstmalig seit Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) einen ausgeglichenen Haushalt in der Planung aus und dies ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen und mit ausreichendem Potential, um höhere Ausgaben abzudecken.

Dies hat die SPD-Fraktion veranlasst, in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung am 13.02.2019 Wünsche und Forderungen mittels Anträgen einzubringen.

Die finanzielle Entwicklung wird auch von der Industrie- und Handelskammer in ihrer Stellungnahme zum Haushalt 2019 positiv angemerkt.

Unter Tz. 5.1 der heutigen Ratssitzung haben wir über die Senkung des Grundsteuerhebesatzes bei der Grundsteuer A und B beraten und abgestimmt.

Leider konnten wir Sie, meine Damen und Herren der CDU- und FDP-Fraktion, nicht überzeugen. Im letzten Jahr haben Sie ohne weiteres auf die in der bisherigen „mittelfristigen Finanzplanung“ angedachten Steuererhöhungen ohne Not verzichtet. Nunmehr stellt die Reduzierung der Hebesätze für sie ein Problem dar.

Die SPD-Fraktion stellt deshalb jedoch nochmals klar, dass die bisherigen Steuererhöhungen aus Konsolidierungsgründen zwingend erforderlich waren und auch durch die Aufsichtsbehörden und die Gemeindeprüfungsanstalt NRW gefordert wurden. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg haben die Konsolidierungsmaßnahme mitgetragen und sollen nunmehr – nach unserer Auffassung – wieder entlastet werden.

Die von meiner Fraktion jetzt beantragte Steuersenkung ist unseres Erachtens nur die logische Konsequenz.

Mit den von der SPD-Fraktion außerdem beantragten 30.000,-- € für die Erstellung eines ergänzenden Gutachtens für die Stadt Heinsberg der

Projektgruppe Bildung und Region aus Bonn (Kraemer-Mandau) sollen insbesondere im Grundschulbereich die vorhandenen Kapazitäten durchleuchtet und alternative Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Wir hoffen, dass Sie, liebe Ratsmitglieder, - soweit Sie damals bereits im Rat der Stadt Heinsberg waren, sich an das Jahr 2010 erinnern können, als die „Projektgruppe Bildung und Region“ den Schulentwicklungsplan für den Kreis Heinsberg vorlegte.

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, beantragten daraufhin in der Schul- und Kulturausschusssitzung am 7. Juli 2010 ein ergänzendes Gutachten, „das auch die neuesten Erkenntnisse in die Entwicklung des Schulwesens mit den vielfältigen Möglichkeiten einbezieht und damit eine gute Basis für Entscheidungen bietet.“

Diesem Antrag entsprach der Ausschuss ausweislich der Niederschrift **einstimmig**.

Bereits in der Sitzung des Rates vom 09.12.2015 hatte die SPD-Fraktion ein umfassendes Schulkonzept für den Grundschulbereich gefordert. Diesem Antrag wurde leider nicht entsprochen.

Die SPD-Fraktion ist erneut der Auffassung, dass ein ergänzendes Gutachten für die Stadt Heinsberg zwingend erforderlich ist. Hierbei sind auch die Erkenntnisse aus der Begutachtung der Grundschule Grebben, der Don-Bosco-Schule und der Grundschule Schafhausen, die in der „Bautechnischen Stellungnahme“ der Firma BFT Cognos GmbH, Aachen, vom 19.12.2018 aufgeführt sind, zu berücksichtigen.

In Anbetracht der hohen Bedeutung dieser Angelegenheit sollte zudem der Gutachter der Firma BFT Cognos GmbH dem Rat der Stadt Heinsberg die Auswirkungen seiner Feststellungen und Erkenntnisse anhand von Bildern vorstellen und näher erläutern.

Wie wir einem Zeitungsartikel vom gestrigen Tage entnehmen konnten, möchte die CDU-Fraktion die Grundschule Grebben trockenlegen und sanieren und dies, obwohl sich das Gutachten gegen den Erhalt des Schulgebäudes aussprach. In dem Zeitungsartikel wird der Eindruck erweckt, dass die anderen Parteien dagegen sind.

Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir versuchen werden, möglichst viele Anhaltspunkte zu finden, die uns eine sachgerechte Entscheidung ermöglichen.

Die angedachte Bürgerbeteiligung ist schon mal ein guter Weg. Bei anderen Maßnahmen (z. B. dem Kunstrasenplatz usw.) wurde auf so etwas ja auch von Seiten der CDU völlig verzichtet.

Mittlerweile ist die Schulpolitik der CDU bereits Thema des „Kinderparlaments“ der Sonnenscheinschule in Heinsberg. Auch dort wurde von den Kleinen mit großem Frust die missliche Lage des Schulhofs festgestellt. Der Bürgermeister hatte ihnen einen schönen Schulhof versprochen, diesen können die Kinder aber leider auch nach 2 Jahren noch nicht vorfinden.

Im Gegenteil:

Die Kinder blicken auf einen großen Parkplatz mit vielen Autos, schlagen sich die Knie auf brüchigem Asphalt auf und sind irritiert, dass der Chef der Stadt in der sie leben, seine Versprechen nicht hält. So haben sie es doch alle gelernt:

"Versprochen ist versprochen und wird auch nicht gebrochen".

Gilt das nur für Kinder und nicht für Politiker? Über Politikverdrossenheit der Jugend muss man sich nicht wundern. Vielleicht kann der Bürgermeister das den Kleinen ja mal bei einem seiner Besuche erläutern, wenn er ein Schulprojekt vorstellt und bei dem Pressetermin in die Kamera lächelt.

„Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage des Jahrzehnts“, so äußerte sich erst kürzlich der Vorsitzende der NRW SPD, Sebastian Hartmann. Er beschäftigte sich ausgiebig mit dem Problem „zu hoher Mieten“ und „fehlender Wohnungen“ und kam zu dem Ergebnis, dass es neben gesetzlichen Eingriffen, um die Exzesse im Wohnungsbaumarkt einzudämmen, nur **die eine** erfolgsversprechende Möglichkeit gibt: **„Wir müssen massiv in den Wohnungsbau investieren und Bauen, Bauen, Bauen, damit auch Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen dort leben können, wo sie wollen.“**

Viele Kommunen in NRW wollen handeln und gründen vor Ort eigene kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Dieses Erfordernis sieht die SPD-Fraktion auch in Heinsberg.

Einem erst kürzlich erschienenen Zeitungsbericht zufolge, soll es u. a. insbesondere bei kleinen Wohnungen gravierende Engpässe geben. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sollen neue Bündnisse geschmiedet



SPD

werden und Bündnispartner (Banken, Wohlfahrtsverbände usw.) gesucht oder die Neugründung von Genossenschaften durchgeführt werden.

Die Gründung einer stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft wäre nach Auffassung meiner Fraktion, nur die logische Fortführung und Erweiterung zum bereits umgesetzten Regiebetrieb.

Apropos „städtischer Regiebetrieb“

Wie alle wissen, hat das Thema „städtischer Regiebetrieb“ eine herausragende Bedeutung für die SPD-Fraktion.

In der Ratssitzung vom 03.02.2016 wurde von allen Parteien einstimmig beschlossen, die Grundstücksangelegenheiten in Form eines stadteigenen Regiebetriebs im städtischen Kernhaushalt wahrzunehmen. Die Wertschöpfung bei Grundstücksverkäufen sollte bei der Stadt Heinsberg bleiben und allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Ein langjähriger Wunsch der SPD-Fraktion.

Im Vorjahr haben wir uns gewünscht, dass die politischen Gremien früher in die Entscheidungsphase eingebunden werden. Dieser Wunsch besteht nach wie vor. Dass dies nicht umgesetzt wird, beweist die letzte Sitzung des Beschwerdeausschusses. Hier mussten wir feststellen, dass der Bürgermeister auf einer CDU-Versammlung die Bürgerinnen und Bürger bereits über Planungen eines neuen Baugebiets in Uetterath informiert hat, während die übrigen Ratsfraktionen noch im Dunkeln tappten. Frühzeitige Beteiligung – oder zumindest frühzeitige Information - und vertrauensvolle Zusammenarbeit sehen für uns anders aus.

Da fällt mir in diesem Zusammenhang der Begriff „Insiderhandel“ ein.

Feuerwehrbedarfsplan:

Bereits im vorherigen Jahr habe ich die Existenz und Vorstellung des Feuerwehrbedarfsplans verkündet. Er sollte gegen Ende 2018 der Öffentlichkeit präsentiert werden. Daran ist auch heute noch nicht zu denken. Immer neue Gesetze und Verordnungen der Bezirksregierung führten dazu, dass konkret noch nichts vorliegt. Je länger die Veröffentlichung dauert, umso mehr wird es kosten. Davon bin ich überzeugt.

Es werden weitere erhebliche Investitionen in Material, Gebäude und Fahrzeuge gefordert werden. Hoffentlich können wir dies dann alles finanziell verkraften.

Straßenbaubeiträge:

Weit über 100 Millionen Euro müssen die Grundstückseigentümer in NRW pro Jahr bezahlen, wenn sie das Pech haben, dass ausgerechnet vor ihrer Haustür eine kommunale Straße erneuert oder verbessert werden muss.

Dann kommt die Kommune und fordert die in der Höhe von Ort zu Ort unterschiedlichen Straßenbaubeiträge. Es gibt ausreichend Beispielsfälle, in denen Hauseigentümer danach wirtschaftlich am Ende sind. Der Bund der Steuerzahler unterstützt das Begehren, die Straßenbaubeiträge abzuschaffen.

Aufgrund einer Anfrage nach § 18 der Geschäftsordnung teilte der Bürgermeister mit, dass die Straßenbaubeiträge der letzten Jahre rund 560.000,- € betragen haben. Die höchste individuelle Belastung lag bei 35.445,33 €.

Die SPD-Fraktion sieht diese Vorgehensweise als „zutiefst unsozial“ an und entschloss sich daher, dem Rat der Stadt Heinsberg einen Resolutionsentwurf vorzulegen, der die Landesregierung auffordert, den § 8 KAG (Kommunalabgabengesetz) entsprechend zu ändern.

In der Ratssitzung vom 17.01.2019 wurde darüber beraten und abgestimmt. Alle waren bereit die gemeinsame Resolution zu unterschreiben, nur nicht die alleinherrschende CDU-Fraktion.

Sie, sehr geehrter Herr Krichel, waren nicht bereit, ohne entsprechende Entscheidung aus Düsseldorf solch einer Resolution zuzustimmen.

Wir vier Oppositionsparteien der Stadt Heinsberg haben dann, ohne die CDU-Fraktion, den Ministerpräsidenten des Landes NRW, Herrn Armin Laschet, aufgefordert, das Kommunalabgabengesetz entsprechend zu ändern. Bisher haben wir von unserer gemeinsamen Forderung noch nichts gehört, geschweige eine Eingangsbestätigung erhalten. Ich finde, dass das schlechte Manieren sind. Warten wir mal ab, was daraus wird.

Mit diesem Thema hatten wir Oppositionsparteien offensichtlich eine Speerspitze angesetzt. Die Veröffentlichungen des Pressesprechers der CDU-Fraktion, Herrn Rütten, gingen größtenteils unter die Gürtellinie und lassen jegliche Sachlichkeit vermissen. Daran merkt man, dass der Wahlkampf für die nächsten Kommunalwahlen bei Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, bereits begonnen hat.

„Personalaufwendungen“

Nachdem in 2018 eine Steigerung von rund 700.000,-- Euro vorlag, werden die Personalaufwendungen in 2019 um 1,4 % reduziert. Die Industrie- und Handelskammer moniert in der Stellungnahme nicht zu Unrecht, dass im Stellenplan ein Zuwachs von sechs tariflich Beschäftigten ausgewiesen wird. Bei den Beamten fallen jedoch nur zwei Stellen weg. Hier hätten auch wir gerne eine umfassende Erläuterung im Vorbericht des Haushaltsentwurfs gehabt, warum bei einer Steigerung der Anzahl der Beschäftigten die Personalaufwendungen sinken, zumal die Personalkosten für den technischen Beigeordneten nicht unerheblich sein dürften.

Da wollen wir aber kein Öl ins Feuer gießen. Die Sache ist gegessen. Wir werden die Arbeit des neuen technischen Beigeordneten kritisch beobachten.

Kreisumlage:

In diesem Jahr hat man bezüglich der Kreisumlage in diesem Haus wenig gehört. Man sprach von einer Stabilisierung der Kreisumlage.

Maßgeblich dazu beigetragen hat die Rückerstattung des Landschaftsverbandes. Im Juli 2018 konnte man der Presse entnehmen, „Kommunen bekommen Extra-Geld“, „über die Höhe muss der Kreistag entscheiden“, „Mehreinnahmen von 8,2 Mio. Euro“, Landschaftsumlage gesunken.“

„Tolle Nachrichten“, meinte die SPD-Fraktion. Doch dann entschlossen sich die Fraktionen der FDP und CDU 4,1 Mio. an die kreisangehörigen Kommunen auszukehren.

Man nimmt den Kommunen 100 % und gibt Ihnen 50 % wieder und verkauft diese „Beutelschneiderei“ als „kommunalfreundlich“.

Ich nenne so etwas „Augenwischerei“.

Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder, haben auf unsere Nachfrage hin u. a. mitgeteilt, dass für die Kommunen im Ergebnis eine akzeptable Lösung erzielt worden sei, mit der wir zufrieden sein sollten.

Das sehen wir naturgemäß anders. Sie hätten gerade im Benehmensverfahren energischer eine höhere Beteiligung der Kommunen einfordern müssen.

Kunstrasenplatz:

Der Haushaltsplan 2019 beinhaltet auch noch eine Position „Kunstrasenplatz“, die mit einer Summe von 700.000,-- € angesetzt wurde.

Nach Vorlage eines Gutachtens des Labors Lehmacher – Schneider vom 14.09.2018, in dem zur Bodenbeschaffenheit „Im Klevchen“ Stellung genommen wird, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion, der ursprünglich im CDU-Alleingang gefällte Beschluss des Rates der Stadt Heinsberg vom 05.07.2017 einen Kunstrasenplatz zu errichten, wieder aufgehoben.

Der Aussage eines Facebook-Eintrags „mit der Aktion Kunstrasenplatz hat sich die CDU-Fraktion den „Goldenen Vollpfosten“ für alle Ewigkeit gesichert“ will ich nicht als 100%ig zutreffend einstufen, aber tendenziös dürfte die Meinung nicht ganz falsch sein.

Agenda 2025.

Zur Erinnerung: „Wir, die SPD-Fraktion, haben bei der damaligen Agenda 2025 zugestimmt.“

Wir haben aber auch angekündigt, die Umsetzung der Agenda 2025 mit Argusaugen zu beobachten. Dies haben wir seit der Verabschiedung am 30.09.2015 auch immer wieder getan. Deshalb freut es uns, dass mit dem heutigen Entwurf des Haushaltsplanes 2019 ein ausgeglichener Haushalt vorliegt. Auch die vorliegende Entschuldung von 7,3 Mio. Euro im Zeitraum 2014 – 2018 ist sehenswert.

Aber es existieren immer noch Baustellen, die es anzupacken gilt.

Die SPD-Fraktion hat bei ihren ausgiebigen Beratungen Richtlinien festgelegt. Diese Richtlinien wurden durch das Abstimmungsverhalten von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, torpediert, so dass wir dem vorliegenden Haushaltsentwurf **nicht** zustimmen werden.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Ein besonderer Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Gerards und Ihnen, sehr geehrter Herr Louis, sowie den zahlreichen Helfern für die Darstellung des Haushaltsentwurfs 2019, ihre erläuternden Vorbemerkungen und den ergänzenden Ausführungen auf Fragen aus meiner Fraktion.

Wir bitten Sie, den Dank der SPD-Fraktion an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzugeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ralf Herberg
Fraktionsvorsitzender

Heinsberg, 27. Febr. 2019

The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in white capital letters on a red rectangular background.